

Antrag A4

Antragssteller*in: Hauptversammlung des BV Pankow, Katina Schubert (Reinickendorf, Bundesgeschäftsführerin, MdA), Klaus Lederer (Pankow, MdA), Elke Breitenbach (Pankow, MdA), Carsten Schatz (Treptow-Köpenick, MdA), Sebastian Schlüsselburg (Lichtenberg, MdA), Manuela Schmidt (Marzahn, MdA), Sebastian Scheel (Charlottenburg-Wilmersdorf, MdA), Alexander Jahns (Pankow, Mitglied des Landesvorstands), Sandra Brunner (Pankow, Bezirksvorsitzende), Oskar Lederer (Pankow, Bezirksvorsitzender), Christoph Keller (Mitte, Bezirksstadtrat), Oliver Nöll (Friedrichshain-Kreuzberg, Bezirksstadtrat), Tobias Rieder (Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian Pröbster (Friedrichshain-Kreuzberg), Ukrike Juda (Friedrichshain-Kreuzberg), Regine Sommer-Wetter (Friedrichshain-Kreuzberg), Benjamin-Christopher Krüger (LAG Drogenpolitik), Daniel Bache (LAG Queer Berlin-Brandenburg), Marcus Nolten (AG Re(s) Publica), Anne Schlönvoigt (Lichtenberg), Regina Kittler (Marzahn), Norbert Seichter (Marzahn-Hellersdorf), Markus Wollina (Marzahn-Hellersdorf), Jörg Braun (Mitte), Nico Unkelbach (Mitte), Dana Engelbrecht (Neukölln), Nadia Zitouni (Neukölln), Torsten Hans (Pankow), Berit Lange-Miemiec (Pankow), Olaf Miemiec (Pankow), Halina Wawzyniak (Pankow), Danny Butter (Pankow), André Giebler (Pankow), Paul Schlüter (Pankow), Jana Hoffmann (Pankow), Frank Machon (Pankow), Anja Stiedenroth (Pankow), Salome Berhanu (Pankow), Robert Irmscher (Reinickendorf), Daniel Schröder (Reinickendorf), Benjamin Schlodder (Tempelhof-Schöneberg), Jochen Hoffert (Tempelhof-Schöneberg), Elias Hildebrand (Treptow-Köpenick), Nico Rohland (Treptow-Köpenick), André Schubert (Treptow-Köpenick), Philipp Wohlfeil (Treptow-Köpenick), Gernot Klemm (Treptow-Köpenick), Jens Proll (Treptow-Köpenick), Anja Boensch (Treptow-Köpenick), Thomas Nord (Treptow-Köpenick), Anne Helm (Vorsitzende der Linksfraktion im AGH, Mitte), Anna Westner (Mitte).

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Gegen jeden Antisemitismus – Emanzipation und universelle Men-**
- 2 **schenrechte verteidigen!**
- 3 Fünf Jahre nach dem rechtsterroristischen Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am 9. Okto-
- 4 ber 2019 und ein Jahr nach dem grauenvollen Massaker der Hamas 7. Oktober 2023 hält Die Linke
- 5 Berlin fest: Wir stehen gemeinsam und entschieden gegen jede Form des Antisemitismus. Sämtli-
- 6 che alten und neuen Formen antisemitischer Rhetorik und Gewalt verurteilen wir – unabhängig
- 7 davon, von welcher politischen und weltanschaulichen Richtung sie ausgehen. Unser Eintreten
- 8 für universelle Menschenrechte, für Freiheit, Gleichheit und Solidarität bedeutet, dass wir an der
- 9 Seite derjenigen stehen, die sich gegen Hass und Ressentiments und für ein friedliches und gleich-
- 10 berechtigtes Miteinander aller Menschen einsetzen – hier in Berlin genauso wie im Nahen Osten.
- 11 Der für zwei Menschen tödliche Anschlag des Rechtsterroristen Stephan B. auf die Hallenser Sy-
- 12 nagoge an Jom Kippur 2019 mit dem Ziel, „so viele Anti-Weiße zu töten wie möglich, vorzugsweise
- 13 Juden“, hat uns gezeigt: Von der radikalen Rechten geht eine tödliche Gefährdung jüdischen Le-
- 14 bens hierzulande aus. Antisemitismus, Rassismus und Verschwörungsglauben bilden den mörde-
- 15 rischen Nährboden der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Daraus wurden und wer-
- 16 den Taten. Dem werden wir auch weiterhin mit Entschiedenheit entgegentreten. Wir setzen uns
- 17 dafür ein, jüdische Menschen konsequent und unter Einsatz rechtstaatlicher Mittel zu schützen.

18 Dazu gehören Aufklärung, Bildung, die Unterstützung jüdischen Lebens und von zivilgesellschaft-
19 lichen Initiativen gegen Antisemitismus, Sicherheitsmaßnahmen und konsequente Strafverfol-
20 gung.

21 Dass von sich politisch links verortenden Menschen das Massaker der Hamas vom 7. Oktober
22 2023 u.a. an Kleinkindern, Familien und Festivalbesucher*innen relativiert und mitunter gar ge-
23 feiert wurde oder zur Vernichtung Israels aufgerufen wird, alarmiert uns zutiefst. Niemals dürfen
24 Linke die Rolle des eliminatorischen Antisemitismus ignorieren, der den Terror und die Strate-
25 gien von Akteuren wie der Hamas und der Hisbollah sowie deren Unterstützung durch das irani-
26 sche Mullah-Regime antreibt. Die Hass-Propaganda solcher sich als „Befreiungsbewegungen“ ge-
27 rierenden Akteure verfängt mehr denn je auch hier. "Wenn die Linke die Rückkehr des mörderi-
28 schen Antisemitismus nicht spürt, ist das ihr Ende", stellte die Soziologin Eva Illouz zu Recht fest.
29 Wer in Nahost oder hierzulande antisemitische Ressentiments befeuert und gegen jüdische Men-
30 schen hetzt, kann für uns kein*e Bündnispartner*in sein.

31 Wenn in Berlin (vermeintlich) jüdische Menschen tätlich angegriffen und ihre Wohnungen mit
32 Davidsternen markiert, wenn Synagogen attackiert, wenn antisemitismuskritische Personen als
33 Gegner*innen diffamiert oder linke Orte mit roten "Hamas-Dreiecken" besudelt werden, dann ist
34 für uns als Berliner LINKE klar: Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Angegriffenen.
35 Wir nehmen keine Bedrohung jüdischen Lebens in diesem Land oder sonst irgendwo hin. Es gilt,
36 alles zu tun, „damit Auschwitz nie wieder sei.“ Antisemitismus ist in der Stadt und dem Land, wo
37 die Vernichtung der europäischen Juden geplant und ins Werk gesetzt wurde, kein exklusives
38 Denken der politischen Rechten. Es gibt ihn – und an ihn anschlussfähige Narrative und Weltdeu-
39 tungen – in allen Klassen und politischen Strömungen unserer Gesellschaft. Wir setzen uns des-
40 halb auch selbst weiter mit den Formen und Ursachen antisemitischen Denkens auseinander und
41 lernen daraus.

42 Das wird auch unser Eintreten gegen rassistische Hetze stärken. Wir wenden uns in aller Deut-
43 lichkeit gegen die von rechter und konservativer Seite permanent vorgenommene pauschale Ver-
44 dächtigung von Muslim*innen, Palästinenser*innen, Geflüchteten und Menschen mit Migrations-
45 geschichte. Aus diesem Generalverdacht sprechen Ressentiment und Rassismus. Ebenso wie die
46 Rede von einem "importierten Antisemitismus" dient er vor allem der Selbstentlastung einer
47 Mehrheitsgesellschaft, die vor den Kontinuitäten des nie verschwundenen Antisemitismus die Au-
48 gen verschließt. Wir lassen nicht zu, dass die Kämpfe gegen Rassismus und Antisemitismus ge-
49 geneinander ausgespielt werden – von wem auch immer.

50

51 Begründung:

52 Aus Ergebnissen einer jüngst veröffentlichten Befragung der EU-Grundrechteagentur unter jüdi-
53 schen EU-Bürger*innen geht hervor, dass 31 % von ihnen jüdische Orte und Veranstaltungen mei-
54 den, weil sie sich dort nicht sicher fühlen. Die dieser Feststellung zugrunde liegende Erhebung
55 stammt allerdings noch aus der Zeit vor dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023. Danach
56 stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle (auch) hierzulande sprunghaft an. Sie hat sich nach Anga-

57 ben des Bundeskriminalamts im Schnitt fast verdoppelt. In Ballungsräumen liegen die Zahlen al-
58 lerdings deutlich höher. In Berlin wurde für die ersten drei Monate nach dem Massaker eine Ver-
59 zehnfachung verzeichnet. Inzwischen haben die Zahlen wieder ein konstantes Niveau erreicht –
60 allerdings, wie der SZ-Journalist Ronen Steinke festhält, ein dreimal so hohes wie vor dem 7. Ok-
61 tober 2023. Das sei für jüdische Menschen in Berlin die „neue Normalität“.

62 Teils kommt es zu offener Gewalt: Am Morgen des 18. Oktober 2023 attackierten zwei Männer die
63 Synagoge von Kahal Adass Jisroel in der Brunnenstraße in Berlin-Mitte mit Molotowcocktails. An-
64 fang Februar 2024 attackierte und griff ein Mann den Studenten Lahav Shapira an und verletzte
65 ihn schwer, nachdem dieser vorher im Internet als Feind markiert worden war. Shapira hatte sich
66 an seiner Universität für den Schutz jüdischer Studierender eingesetzt. Am 12. Juli 2024 wurde
67 ein jüdisches Paar bedroht, bespuckt und geschlagen. Die Betroffene trug eine Davidstern-Kette,
68 sie schrieb über den Angriff, „dass das Einzige, was mich wirklich überrascht hat, die Tatsache ist,
69 dass die Menschen in Berlin offensichtlich nicht wissen, was tagtäglich in ihrer Stadt passiert.“

70 Auch Räume der kulturellen Vielfalt und Begegnung sind betroffen: Am 20./21. Juli 2024 wurde
71 das israelisch-palästinensische Restaurant „Kanaan“ in Prenzlauer Berg verwüstet. OFEK, die Be-
72 ratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, erklärte dazu: „Dieser Angriff er-
73 folgt vor dem Hintergrund der zunehmend offen artikulierten Feindschaft gegenüber Menschen
74 und Einrichtungen, die sich als israelisch oder jüdisch verstehen und so identifizierbar sind.“ Die
75 jüdisch-palästinensischen Betreiber des „Kanaan“ setzen sich für Dialog, für Frieden und Verstän-
76 digung in Nahost ein. Sie wollen sich zum Glück nicht einschüchtern lassen. Ina Rosenthal, die
77 Projektleiterin der queeren Plattform Pink Dot, berichtet, wie bereits ihr Jüdischsein als „spalte-
78 rische“ Provokation empfunden werde. Jüdische Menschen werden angegriffen, nur weil sie Sym-
79 bole des Jüdischen tragen. Immer öfter werden sie für die israelische Regierungspolitik verant-
80 wortlich gemacht oder genötigt, sich zum Nahostkonflikt zu verhalten.

81 Viele jüdische Menschen hierzulande nehmen ihr soziales Umfeld und die öffentlichen Reaktionen
82 angesichts des von der Hamas und ihren Verbündeten verursachten Grauens als empathielos
83 wahr – auch seitens nicht geringer Teile der gesellschaftlichen Linken. Der Überfall auf Israel am
84 7. Oktober 2023 war – auch nach jahrelangem Raketenbeschuss durch die Hamas und die Hisbol-
85 lah – eine harte Zäsur für jüdische Menschen auf der ganzen Welt und in Israel: 1.139 Menschen
86 – Kibbuz-Bewohner*innen, migrantische Arbeiter*innen, Tanzende auf einem Musikfestival –
87 wurden auf brutalste Weise massakriert; es gab massive sexualisierte Gewalt; 239 Personen wur-
88 den als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt und werden dort teilweise bis heute gefangen ge-
89 halten. Etwa 5.400 Menschen wurden verletzt, viele von ihnen schwer. Das Trauma der Shoa sucht
90 die Überlebenden erneut heim. Eva Illouz, eine linke französisch-israelische Soziologin und
91 scharfe Kritikerin der Netanjahu-Regierung, brachte auf den Punkt, wie viele jüdische Linke seit
92 dem 7. Oktober 2023 empfinden: „Ich glaubte, dass vor allem die Leute aus meinem politischen
93 Lager von den Gräueltaten der Hamas abgestoßen wären. Stattdessen sehen sich die Juden in Is-
94 rael und in der Welt schamlos im Stich gelassen.“

95 Fünf Jahre nach dem Anschlag von Halle versucht die radikale politische Rechte, die Kämpfe gegen
96 Rassismus und Antisemitismus gegeneinander auszuspielen. Sie macht Stimmung gegen Mig-

97 rant*innen und geriert sich als Beschützerin jüdischen Lebens. Gleichzeitig propagiert sie völk-
98 schen „Ethnopluralismus“ und die – von Trump und Musk über Identitäre und AfD bis Orbán ge-
99 teilte – fixe Wahndee des „Großen Austauschs“. Sie fabuliert über „Globalisten“ oder „globale Eli-
100 ten“ und nutzt weitere antisemitische Chiffren, vor allem die von den angeblichen „Strippenzie-
101 hern“ der weltweiten Migrationsbewegungen. Der Rassismus der radikalen Rechten ist nicht ohne
102 Antisemitismus zu haben. Die politische Rechte hat für jüdische Menschen deshalb wenig übrig.
103 Sie missbraucht die Empathie für die jüdischen Menschen in Israel für Sympathie mit der autori-
104 tären Politik der regierenden israelischen Rechten und für rassistische Hetze, als Hilfsmittel – so
105 die Künstlerin Hito Steyerl – zur „Verwirklichung einer rechtsradikal-identitären Phantasie vom
106 Remigrationsreservat.“ Ob bei den Attentaten von Hanau und Halle oder beim Amoklauf von
107 Christchurch, stets waren die Mörder von dieser wahnhaften Paranoia motiviert.

108 Allerdings sind der Antisemitismus mit seinen ideologischen Versatzstücken, als eine Art „schief-
109 gestellter Kapitalismuskritik“, wie auch der antisemitische Narrative aufgreifende Verschwö-
110 rungsglauben weit über die radikale Rechte hinaus gesellschaftlich anschlussfähig. Sie äußern
111 sich diffuser und zweideutiger als herkömmlicher offener Antisemitismus, wie er etwa im Aiwan-
112 ger-Flugblatt zu lesen war. Auch in der Linken spielt dieser diffuse Antisemitismus eine Rolle,
113 wenn beispielsweise kapitalistische Dynamiken auf einzelne “Strippenzieher im Hintergrund” zu-
114 rückgeführt werden. In der Geschichte der Linken finden sich aber auch Fälle von ganz offenem
115 Antisemitismus: Am 9. November 1969, scheiterte ein Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus
116 Berlin. Die von einem linksradikalen Täter platzierte

117 Bombe hätte eigentlich Dutzende Gäste der Gedenkveranstaltung am Jahrestag der nationalsozi-
118 alistischen Novemberpogrome töten sollen. Bei der terroristischen Entführung eines Flugzeugs
119 von Athen nach Entebbe im Jahr 1976 selektierten die Täter*innen der “Revolutionären Zellen”
120 und der PFLP-EO die israelischen und (vermeintlich) jüdischen Geiseln, während die restlichen
121 Passagier*innen freigelassen wurden. Diese krassen antisemitischen Vorfälle und ihr ideologi-
122 scher Background wurden in der (radikalen) Linken bis heute nicht adäquat aufgearbeitet. Ver-
123 sperrt wird diese notwendige Auseinandersetzung auch von einer verbreiteten Überzeugung,
124 dass sich Linkssein und Antisemitismus gegenseitig ausschließen. Zu Recht wird permanent be-
125 tont, wie wichtig es sei, verinnerlichte rassistische oder sexistische Muster zu erkennen und auf-
126 zuarbeiten. Die eigenen antisemitischen Denkschemata, die ebenfalls eine logische Konsequenz
127 des Aufwachsens in einer nicht-diskriminierungsfreien Gesellschaft sind, werden dagegen zu oft
128 nicht reflektiert.

129 Im Wissen darum, dass antisemitische Ressentiments ein gesellschaftliches Phänomen sind, von
130 dem auch die eigene politische Strömung nicht frei ist, müssen Linke lernen, Antisemitismus auch
131 dann zu erkennen und bekämpfen, wenn er sich (noch) nicht in Form physischer Gewalt jeden
132 jüdische Menschen richtet. Wenn aus Freude über das Massaker der Hamas vom 7. Oktober auf
133 Berliner Straßen Süßigkeiten verteilt werden, wie durch den PFLP-Ableger Samidoun geschehen,
134 wenn im Namen der “Solidarität mit Palästina” Redner wie Salman Abu Sitta eingeladen werden,
135 der verkündet hatte, er hätte selbst am Massaker der Hamas teilgenommen, wenn er jünger wäre,
136 wenn eine scharfe Kritikerin der Netanjahu-Regierung, die Richterin am Obersten Gerichts Israels
137 Daphne Barak Erez, an der Humboldt-Universität (HU) aggressiv niedergebrüllt wird, dann kann

138 eine Linke nicht ignorieren, dass derartige Vorfälle nicht ohne antisemitische Motivation erklärt
139 werden können.

140 Eine massive Einschüchterung antisemitismuskritischer linker und antifaschistischer Strukturen
141 ist offensichtlich das Ziel, wenn mit roten Dreiecken, mit denen die Hamas ihre Angriffsziele mar-
142 kiert, linke Orte wie der Club ://about blank, die Kneipe Bajszel oder das linke Hausprojekt
143 Scharni38 beschmiert werden. Auch an Berliner Universitäten ist diese bedrohliche Symbolik ge-
144 zielt eingesetzt worden. An der Freien Universität (FU) war ein Banner mit Hamas-Dreiecken und
145 der Aufschrift "We are coming for you!" und den Namen der Uni-Präsident*innen Ziegler und Blu-
146 menthal und des Regierenden Bürgermeisters Wegner angebracht. An der HU zog sich nach Be-
147 setzung des sozialwissenschaftlichen Instituts - so der Referent*innenrat als Studierendenvertre-
148 tung - "das Hamas-Dreieck als Symbol einer klaren Feindmarkierung durch das gesamte Instituts-
149 gebäude". Der Referent*innenrat folgerte: "Das Institutsgebäude wurde im Rahmen der Beset-
150 zung als Schutzraum für große Teile der Mitglieder des Instituts für Sozialwissenschaften, insbe-
151 sondere für jüdische Studierende, zerstört."

152 Für die Berliner Linke kann und darf Wegschauen bei derartigen Vorfällen ebenso wenig die Ant-
153 wort sein wie pauschale Repression gegen jegliche pro-palästinensische Initiativen, wie sie von
154 der politischen Rechten gefordert und betrieben wird. So scharf unsere Kritik daran ausfallen
155 muss, so laut müssen wir in all den Fällen widersprechen und Haltung zeigen, wo unter dem Ban-
156 ner vermeintlicher Palästina-Solidarität tatsächlich blanker Antisemitismus transportiert oder an
157 antisemitische Ressentiments anschlussfähige Propaganda betrieben wird. Dies ist der Fall, wenn
158 der Wunsch nach einer Friedenslösung im Nahen Osten, die hoffentlich eines Tages endlich Wirk-
159 lichkeit wird, in den Hintergrund gedrängt wird gegenüber den Forderungen, den jüdischen Staat
160 (mitunter nur noch in der Sprache der Rechtsextremen als "zionistisches Gebilde" bezeichnet) zu
161 vernichten. Die absehbaren Folgen für dessen jüdische Einwohner*innen haben Hamas und His-
162 bollah spätestens am 7. Oktober 2023 unmissverständlich aufgezeigt. Die Hamas lässt keinerlei
163 Zweifel daran, dass sie bereit ist, dies zu wiederholen.

164 Der 2021 verstorbene Schriftsteller und Mitbegründer der Nahost-Friedensinitiative „Peace Now“
165 Amos Oz schrieb 2017: „Wenn jemand kommt, egal von welcher Seite der israelisch-palästinensi-
166 schen Barrikaden, und sagt: ‚Das ist mein Land‘ – dann hat er recht. Aber wenn jemand kommt,
167 egal von welcher Seite der Barrikaden und sagt: ‚Dieses Land, vom Mittelmeer bis zum Jordan,
168 gehört mir und nur mir allein‘ – dann riecht er nach Blut.“ Seine Tochter, die Historikerin Fania
169 Oz-Salzberger, sagte jüngst: „Deshalb erhebe ich meine Stimme ausschließlich für diejenigen, de-
170 deren Ziel ein unabhängiges Palästina und ein sicheres und demokratisches Israel ist, die nebenei-
171 nander existieren.“ Wir fühlen uns angesichts der fatalen Lage im Nahen Osten allen Menschen
172 und Initiativen verbunden, die sich für ein Ende des Krieges in Gaza, für ein Ende der Raketenan-
173 griffe auf Israel und die Freilassung aller Geiseln, gegen die rechte Netanjahu-Regierung und ge-
174 gen die Hamas und ihre Unterstützer, für die Verständigung zwischen den Menschen in Israel und
175 Palästina und für eine realistische Perspektive ihres friedlichen Zusammenlebens einsetzen. Wir
176 stehen auf Seiten der Menschenrechte, die universell sind und für alle Menschen gleichermaßen
177 Gültigkeit beanspruchen – unsere Solidarität ist inklusiv, nicht selektiv.

178 Im LINKE-Parteiprogramm heißt es: "Antifaschismus ist eine Grundhaltung der Partei Die Linke.
179 Für uns bedeutet das: Zurückdrängen aller extrem rechten, rechtspopulistischen und rassisti-
180 schen Ideologien, Parteien und Bewegungen; Bekämpfung aller althergebrachten und neuen For-
181 men des Antisemitismus; die Auseinandersetzung mit Geschichtsrevisionismus und mit allen Ide-
182 ologien, die von Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen [...]" Weiterhin ist dort zu lesen:
183 "Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden
184 während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Anti-
185 semitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegentreten. Insbesondere diese Verant-
186 wortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehen wir für
187 eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit
188 die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen
189 Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen." Dem fühlen wir uns als Berliner
190 Linke verpflichtet.